

Entwurf - Stand: 13. Januar 2010

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU und FDP

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ ein.

I. Ausgangslage

Bereits in der 13. Wahlperiode hat die Enquete-Kommission "Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" die sich aus dem Einsatz der Informationstechnologien ergebenden politischen Konsequenzen dargestellt und parlamentarische Initiativen vorgeschlagen.

Die Erkenntnisse haben politische Entscheidungen und das gesellschaftliche Bewusstsein beeinflusst.

Nach 15 Jahren rasanter technologischer Entwicklung ist es an der Zeit, erneut gründlich die Herausforderungen und Entwicklungschancen der digitalen Informationstechnologien und speziell des Internets zu untersuchen.

Die Verbreitung des Internets, verbunden mit einer ständigen Vervielfachung der Möglichkeiten und Anwendungen, hat gesellschaftliche Veränderungen bewirkt, die mit der Erfindung des Buchdrucks vergleichbar sind und genauer betrachtet werden sollten.

Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei.

Die digitale Gesellschaft bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen ebenso wie neue Chancen für die demokratische Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens, für die wirtschaftliche Betätigung und für die Wissensgesellschaft. Die Nutzung dieser Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten gehört längst zum Alltag der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land. Nun erleben wir eine erneute Veränderung: Das Internet ist nicht länger nur eine technische

Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen, denn gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Die Menschen benötigen heute neue Kenntnisse und Fähigkeiten. Dazu zählen beispielsweise die Auswahl, die Einordnung und die Bewertung der nahezu unbegrenzt zur Verfügung stehenden Informationen.

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität als öffentliches Gut zu gewährleisten. In autoritär geführten Staaten können wir beobachten, welche Chancen für Demokratie und Meinungsfreiheit das Internet birgt, wenn klassische Medien zensiert und staatlich kontrolliert werden. Für die Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand einer Nation. Die Grundrechte und in besonderem Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informelle Selbstbestimmung müssen durch den Staat gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gewährleistet werden.

Verbraucher müssen über ihre Rechte und Pflichten im elektronischen Handel informiert sein. Der Rechtsrahmen muss der digitalen Gesellschaft angepasst sein, um starke Verbraucherrechte zu gewährleisten. Risiken, die das Medium bergen kann, müssen minimiert werden.

Kinder und Jugendliche, die mit den neuen Technologien des digitalen Zeitalters aufwachsen (Digital Natives), nutzen diese anders als die Generation ihrer Eltern (Digital Immigrants). Dennoch müssen sie auf möglichen Gefahren der digitalen Gesellschaft vorbereitet, ihre Fragen beantwortet und zu einem sicherheitsbewussten Verhalten hingeführt werden. Im Jugendschutz sind noch Verbesserungen möglich. Dabei ist uns bewusst, dass die Gefahren für Kinder und Jugendliche durch Verbote oder technische Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden können.

Nicht alle können die Chancen der digitalen Gesellschaft gleichermaßen wahrnehmen. Menschen ohne die Möglichkeit und Fähigkeit zur Teilnahme bekommen zunehmend Probleme. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Allen Menschen den Zugang zum Internet zu erleichtern, muss dabei ein zentrales Anliegen sein.

II. Auftrag

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission insbesondere folgende Schwerpunkte - unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren - zu untersuchen:

- **Kultur und Medien**
 - Stärkung der Medienverantwortung (Anbieter und Nutzer)
 - Veränderungen der Produktion, Distribution und Nutzung von künstlerischen Werken
 - Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums

- Maßnahmen zur digitalen Sicherung des kulturellen Erbes und seiner Nutzung
- Erhaltung und Sicherung von Medien- und Meinungsvielfalt
- **Wirtschaft, Umwelt**
 - Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs zur Vermeidung marktbeherrschender Stellungen einzelner Unternehmen
 - Klima-, Umwelt- und ressourcenschonende Gestaltung der Informationstechnik (Green-IT)
- **Bildung und Forschung**
 - Förderung der Medienkompetenz, Medienerziehung in Schule, Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung
 - Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Wissenschaft
 - Strategien zur Überwindung der digitalen Spaltung (Digital Divide)
 - Initiativen zum freien Zugang zu den Ergebnissen staatlich finanzierter Forschung (Open Access)
 - Weiterentwicklung und Definition offener Standards und Normen
- **Recht und Innen**
 - Sicherung eines freien und ungehinderten Zugangs zum Internet für alle Nutzer und Informationsanbieter (Netzneutralität)
 - Gewährleistung einer vertrauenswürdigen, leistungsfähigen und sicheren Internet-Infrastruktur (staatlicher Schutz gegen Gefahren von innen und außen)
 - Bedrohungen durch Computer- und Internet-Kriminalität, -Terrorismus, -Spionage und -Sabotage
 - Verbraucherschutz (Missbrauch bei Massenabmahnungen, Rechtssicherheit im elektronischen Handel)
 - Durchsetzung berechtigter und Abwehr unberechtigter Ansprüche, auch im internationalen Rechtsrahmen
 - Zukunft des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung
 - Wahrung der Persönlichkeitsrechte
 - Rechtliche und technische Voraussetzungen für Datenschutz und Datensicherheit (bei privaten Unternehmen, insbesondere sozialen Netzwerken; Cyber-Mobbing, datenschutzfreundliche Technologien)
 - Realität und Umsetzung des Jugendschutzes (z.B. unterschiedliche internationale Rechtsnormen)
 - Konsequenzen aus der Konvergenz von Medien- und Telekommunikationsanbietern
 - Weiterentwicklung dieser Rechtsgebiete, auch in der Wechselwirkung von Bundes- und Landesrecht und unter Berücksichtigung des europäischen Rechtsrahmens

- **Gesellschaft und Demokratie**
 - Weiterentwicklung der staatlichen Dienstleistungen (eGovernment)
 - Strategien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen (Open Data)
 - Soziologische Auswirkungen (Digital Immigrants und Digital Natives)
 - Möglichkeiten für neue Formen der Bürgerbeteiligung (E-Petitionen, Kommunalpolitik)

Als eine Grundlage der Bestandsaufnahme kann der Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung dienen.

III. Handlungsempfehlungen

Die Enquete-Kommission soll politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen.

Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.

IV. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören 13 Mitglieder des Bundestages und 13 Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt 5 Mitglieder, die Fraktion der SPD 3 Mitglieder, die Fraktionen der FDP, LINKE je 2 und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Mitglied.

Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel.

V. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der 17. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können.

Berlin, ... Januar 2010

**Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion**